Passauer Neue Presse

Ausgabe A

75. Jahrgang / 35. Woche / Nr. 198 | Donnerstag, 27. August 2020 | Einzelpreis 1,60 Euro

Marianne Sägebrecht 75

Der Schauspielerin war die Familie wichtiger als die Karriere. **Feuilleton**

Gegen qualvolle Transporte

Bündnis für regionale Aufzucht und Vermarktung von Kälbern. **Bayern**

Melania zeigt Mitgefühl

First Lady bedauert die vielen Corona-Toten in den USA. **Seite 5**

AUS DER REGION

Inmitten der Verwüstung

Am 4. August hat eine gewaltige Explosion Beirut verwüstet. Die 28-jährige Passauerin Anne Bauer ist vor Ort, um zu helfen und Spenden zu sammeln. **Seite 19**

Verwirrung um Corona-Tests

Nach dem Kroatienurlaub ließ sich eine Frau zweimal auf Covid-19 testen. Ein Test war positiv, einer negativ – und ein dritter zur Klärung ist nicht möglich. **Seite 27**

Die Jungen sind am Ruder

Beim Wasserskiteam Obernzell hat es einen Generationswechsel gegeben: Mit Jonas Braun und Iris Bauer ist nun ein junges Führungsduo am Ruder. **Seite 32**

IM BLICKPUNKT

Neuer Wirbel um Gemüsehof

Wegen des Todes einer Erntehelferin 2018 gibt es neue Vorwürfe gegen einen Gemüsehof im Landkreis Dingolfing-Landau. Der Staatsanwalt sieht keinen Anhaltspunkt für Fremdverschulden. **Bayern**

Schnelle Renteninfos im Netz

Das Bundeskabinett hat einen Gesetzentwurf für eine Rentenübersicht im Internet beschlossen. Damit können sich Bürger über ihre Ansprüche informieren. **Seite 5**

SERVICE

Börse: DAX im Plus

DAX: 13 190,15 Punkte (+ 0,98 %). **Top:** Infineon 23,85 Euro (+ 4,06 %). **Flop:** EON 10,05 Euro (– 0,94 %). **Wirtschaft**

Lotto: 3–15–18–26–39–40

Superzahl: 3
Spiel 77: 7 2 8 6 1 2 8
Super 6: 3 2 3 5 0 5 (Ohne Gewähr)

Das Wetter in der Region

24h/Minimum	vormittags	nachmittags	abends
13°			
24h/Maximum			
24°			

Infos: **www.pnp.de/wetter** und auf **Seite 16**

Heimatsport Seite 25
Fernsehprogramm Seite 17
Familienanzeigen Seite 26

Internet www.pnp.de

4 194101 901604 40135

Seit 20 Jahren beim FC Barcelona: Lionel Messi in einer Bilderfolge aus den Jahren 2006, 2008, 2010, 2012, 2014, 2016 und 2018 (von links oben nach rechts unten). Nun will der Superstar den Verein verlassen. – Fotos: afp

Messi will weg: Barcelona will ihn halten

Barcelona. Der FC Barcelona hat angekündigt, um Lionel Messi zu kämpfen. Der Club wolle den Neuaufbau mit dem argentinischen Superstar gestalten. „Wir wollen gemeinsam mit dem besten Spieler der Geschichte das Team für die Zukunft umbauen“, sagte Sportdirektor Ramón Planes gestern. Ein Abschied Messis auf vertraglicher Ebene komme nicht in Frage, „weil wir wollen, dass er bleibt. Wir müssen Messi großen Respekt entgegenbringen, weil er der beste Fußballer der Welt ist“, so Planes, nachdem Messi seinen Wechselwunsch der Vereinsführung per Einschreiben mitgeteilt hatte. Der 33-Jährige gehört dem Verein seit 20 Jahren an. – dpa/**Sport**

Ölkonzern treibt Wasserstoff voran

Shell baut Elektrolyseanlage für grüne Energie und beteiligt sich in Niederbayern an Konsortium

Passau. Die Energiewende treibt selbst Ölkonzerne an, in Sachen Treibstoff neue Wege zu gehen. An vier Standorten setzt Shell eine nationale Wasserstoff-Strategie um: In Köln (weltweit größte Wasserstoff-elektrolyse), Hamburg, Berlin – und Pocking im Landkreis Passau. Hier gehört die Shell Deutschland Oil GmbH zum „Next Mobility Accelerator Consortium“, das es sich zum Ziel gesetzt hat, eine regionale, skalierbare Wertschöpfungskette für Wasserstoff-Lkw (12 bis 24 Tonnen) zu schaffen. Dazu soll am künftigen Autobahndreieck A3 und A94 ein „Mobilityhub“ entstehen. Mit einem ganzheitlichen Konzept will das Konsortium das Henne-Ei-Problem von Angebot und Nachfrage nach Wasserstoff-Fahrzeugen lösen. Shell liefert den „grünen“ Wasserstoff, die MaierKorduletsch-Gruppe (Vilshofen) stellt die Tankinfrastruktur und die Logistik der Versorgung sicher, die Paul Unternehmensgruppe, spezialisiert auf Lkw-Sonderbauten, rüstet die Fahrzeuge entsprechend um und sorgt für Nachfrage nach H_2-Lkw und den Service.

Die ersten Wasserstoff-betriebenen Klein-Lkw sollen bereits 2023 auf den Markt kommen. Das Konsortium plant Millionen-Investitionen, erwartet allerdings auch staatlichen Anschub. – ek/**Seite 3**

Personalausweis soll wesentlich teurer werden

Berlin. Wer einen neuen Personalausweis braucht, muss künftig mehr bezahlen. Die Gebühren für die Ausstellung sollen vom nächsten Jahr an deutlich von bislang 28,80 Euro auf 37 Euro steigen, wie das Kabinett gestern in Berlin beschlossen hat. Die fast 30-prozentige Gebührenerhöhung, die noch vom Bundesrat gebilligt werden muss, wird mit den gestiegenen Personal- und Sachkosten in den kommunalen Behörden begründet. Von den Linken kam Kritik an der Erhöhung. „Die Ausstellung von Ausweisdokumenten ist keine Extra-Leistung der Behörden, sondern eine notwendige allgemeine Dienstleistung für alle Bürgerinnen und Bürger, die der Ausweispflicht unterliegen“, sagte der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der Linksfraktion im Bundestag, Jan Korte, der dpa. „Dafür sollte genauso wenig eine Gebühr erhoben werden wie für die Bearbeitung einer Steuererklärung.“ – dpa

Viel Kritik an zweistufiger Wahlrechtsreform

Berlin. Unzureichend und unwirksam – die von CDU/CSU und SPD vereinbarten Korrekturen am Wahlrecht für die Bundestagswahl 2021 sind bei der Opposition auf scharfe Kritik gestoßen. FDP, Grüne und Linke nannten sie gestern völlig ungeeignet, das Problem des ständig wachsenden Bundestags zu lösen. Auch Wissenschaftler wiesen darauf hin, dass die beiden vorgesehenen Einschnitte nur eine marginale Wirkung auf die Größe des Bundestags haben werden. Der Koalitionsausschuss hatte sich am Dienstag auf ein zweistufiges Vorgehen mit einer Übergangslösung für die Wahl 2021 und einer größeren Reform 2025 verständigt. Darüber hinaus einigte sich die Koalition auf weitere Hilfen für Arbeitnehmer und Unternehmen, um die Folgen der Corona-Krise abzumildern. So sollen Kurzarbeiter künftig bis zu 24 statt zwölf Monate Lohnersatz bekommen.
– dpa/afp/**Standpunkt/Seite 2**

STANDPUNKT

Der XXL-Eiertanz

Von Ernst Fuchs

CDU, CSU und SPD können sich die Hände reiben. Die Sache mit der Wahlrechtsreform, besser gesagt deren Verschleppung in eine ungewisse Zukunft, haben sie wieder fein hingekriegt – zum Schaden der Demokratie, auf Kosten der Arbeitsfähigkeit und Akzeptanz des Bundestags und der Steuerzahler. Aber, was macht das schon, wenn es demnächst vielleicht 800 statt der gesetzlich vorgesehenen 598 Abgeordneten geben sollte? Hauptsache, die Wahlrechtsbedingungen bleiben so gestellt, dass Union und SPD möglichst viele Mandate, Posten, Pöstchen und Pfründe behalten können.

Man muss den Koalitionsparteien Vorsatz unterstellen: Weil sie Hauptprofiteure von Überhang- und Ausgleichsmandaten sind und wohl auch bleiben, sind sie an größeren Änderungen eigentlich überhaupt nicht interessiert. Deshalb verzögerten sie die seit sieben Jahren andauernden Reformverhandlungen so stark, bis sie jetzt heuchlerisch argumentieren konnten, die Zeit bis zur Wahl sei zu knapp, um noch eine Verringerung der Wahlkreise zu schaffen. Leider!

Schamlos wird das Wahlvolk auf 2025 vertröstet. Bis dahin fließt noch viel Wasser die Donau hinunter. Ob und wie stark es dann gelingt, Luft aus dem Bläh-Bundestag zu lassen, bleibt einmal mehr offen. Denn die Frösche werden sich halt immer schwer damit tun, den eigenen Weiher trocken zu legen.

Polizei verbietet Corona-Demonstration in Berlin

Berlin. Die Entscheidung kam überraschend und hat heftige Kontroversen ausgelöst: Eine für Samstag geplante große Demonstration gegen die Corona-Politik in Berlin und weitere kleinere Kundgebungen hat die Polizei verboten. Zur Begründung hieß es von Innensenator Andreas Geisel (SPD), die letzte ähnliche Demonstration am 1. August habe gezeigt, dass Demonstranten „sich bewusst über bestehende Hygieneregeln und entsprechende Auflagen“ hinwegsetzten. Daher sei auch jetzt wieder „mit Verstößen gegen die geltende Infektionsschutzverordnung zu rechnen“.

Die Veranstalter-Initiative Querdenken 711 aus Stuttgart reagierte empört und kündigte Einspruch beim Berliner Verwaltungsgericht und weiteren Instanzen an. Man gehe davon aus, dass man demonstrieren werde. Unterstützung erhielt sie von der AfD im Bundestag. Zur größten Kundgebung am Wochenende hatte die Initiative für Samstagnachmittag 22 000 Teilnehmer auf der Straße des 17. Juni nahe dem Brandenburger Tor angemeldet.

Die Polizei verbot insgesamt zehn Demonstrationen und Kundgebungen von verschiedenen Querdenken-Initiativen und privaten Anmeldern am Freitag, Samstag und Sonntag. Ob die große Demonstration am Samstag stattfindet oder nicht, wird voraussichtlich ein Gericht erst kurz vorher entscheiden. Die Polizei ist nach eigenen Angaben auf alle möglichen Varianten vorbereitet.

Bei der Demonstration am 1. August hielten viele Teilnehmer die Abstandsregeln nicht ein und trugen keine Masken. Die Wiederholung einer solchen Situation will die Polizei in Berlin nun verhindern. – Foto: dpa

Am 1. August waren in Berlin Tausende Menschen auf die Straße gegangen. Weil viele Demonstranten weder die Abstandsregeln einhielten noch Masken trugen, löste die Polizei die Kundgebung auf.

Innensenator Geisel betonte nun: „Das ist keine Entscheidung gegen die Versammlungsfreiheit, sondern eine Entscheidung für den Infektionsschutz.“ Man müsse zwischen dem Grundrecht der Versammlungsfreiheit und dem der Unversehrtheit des Lebens abwägen. Gleichzeitig betonte Geisel: „Ich bin nicht bereit, ein zweites Mal hinzunehmen, dass Berlin als Bühne für Corona-Leugner, Reichsbürger und Rechtsextremisten missbraucht wird.“
– dpa/**Kommentar Seite 2**

Personalisierte Ausgabe für Abo.-Nr. 4589451

Vollgas für grünen Wasserstoff

Zwei Mittelständler aus dem Landkreis Passau und der Ölkonzern Shell schließen sich zu einem Konsortium zusammen, das die Wasserstoff-Technologie in Deutschland voranbringen will. Vier Standorte gehören zur H_2-Strategie: Köln, Hamburg, Berlin – und Pocking bei Passau.

Von Regina Ehm-Klier

So ist der Plan: Am künftigen Autobahndreieck bei Pocking soll der „Mobilitätshub“ entstehen. Existent ist aktuell nur die A3, die hinter dem Gelände verläuft. – Plan: MaierKorduletsch

Das Next Mobility Accelerator Consortium besteht aus der Josef Paul GmbH & Co. KG mit Sitz in Passau und Vilshofen, die 450 Mitarbeiter beschäftigt und unter anderem mit Lkw- bzw. Nutzfahrzeugumbauten überregional tätig ist, und der MaierKorduletsch-Gruppe, mit rund 125 Mitarbeitern Betreiber von Tankstellen, Mineralöl-Lieferant und einer der größten Shell-Händler Deutschlands, und der Shell Deutschland Oil GmbH. Nicht nur die Konstellation – zwei Mittelständler und ein Weltkonzern – nennt Alexander Maier „weltweit einmalig“. Das sei auch das Ziel: Die volle Wertschöpfungskette in Sachen Wasserstoff aus und in der Region zu realisieren, von der Herstellung des Wasserstoffs über die Speicherung, Betankung bis zum Bau der Fahrzeuge bzw. einem entsprechenden Serviceangebot.

Erfahrungen mit Elektro-Lkw

Die Wasserstoff-Produktion plant Shell derzeit bei Köln, wo die weltweit größte Wasserstoffelektrolyse gebaut wird. Sie dient als Pilotanlage für großtechnische Industrieanlagen (100-Megawatt). Bei allen Projekten steht die Skalierbarkeit im Mittelpunkt – also die mögliche Anpassung der Dimensionen nach oben und nach unten, von regional bis national. Vier Wasserstoff-Großprojekte plant Shell in Deutschland: Köln, Berlin, Hamburg – und im niederbayerischen Pocking.

Am künftigen Autobahnkreuz A3 und A94 soll auf einem 63 000 Quadratmeter großen Grundstück ein Autohof der Zukunft entstehen. Eine Großtankstelle war dort bereits vor knapp 20 Jahren geplant, weshalb es einen rechtsgültigen Bebauungsplan gibt. Das Vorhaben wurde damals nicht realisiert, MaierKorduletsch sicherte sich das Grundstück. Jetzt kann hier ein Autohof mit Schwerpunkt Wasserstoff entstehen. Ein „Mobilitätshub“, erklärt Bernhard Wasner, Geschäftsführer von Paul.

Durchs Reden kommen die Leute zusammen – nach diesem Motto nahm auch das „Next Mobilitiy Accelerator Cornsortium“ seinen Anfang. Das kam so: Nutzfahrzeughersteller Paul beschäftigt sich seit Jahren damit, Lkw bzw. Klein-Lkw auf Elektromobilität umzurüsten. Vor allem Kommunen sind in diesem Bereich Kunden. Die Erfahrungen mit neuen Antrieben werden einmal im Jahr mit Kunden und Fachleuten bei Pauls „Innovationstagen“ im Werk Vilshofen (Lkr. Passau) ausgetauscht. Eine räumliche und fachliche Verbindung besteht zur MaierKorduletsch-Gruppe, die wiederum den Kontakt zu Kraftstoffhersteller Shell knüpfte, weshalb Forschungs-Experten bei den letzten Innovationstagen – noch vor Corona – vertreten waren. Und so kam man ins Gespräch ...

Die Energiewende bringt eine ganze Branche ins Wanken. Die Elektromobilität soll über kurz oder lang den Verbrennungsmotor verdrängen. Damit werden auch Benzin, Diesel oder Heizöl überflüssig. „Man muss innovativ sein“, erklärt Alexander Maier, der als Geschäftsführender Gesellschafter dem „Next Mobility Accelerator Consortium“ angehört, Sohn Lorenz ist Geschäftsführer von MaierKorduletsch und setzt ebenso auf neue Technologien, statt über den Niedergang eines alten Geschäftsmodells zu klagen. Auch Shell bereitet sich auf die Zeit vor, wenn Sonne, Wind und Wasser effizient Energie liefern,

Aus einem Klein-Lkw wurde ein E-Fahrzeug. Auf der Basis können auch wasserstoffbetriebene Lkw gebaut werden, wie die niederbayerischen Mittelständler (v.l.) Bernhard Wasner (Josef Paul GmbH & Co. KG), Alexander und Lorenz Maier (MaierKorduletsch-Gruppe) erklären. – F.: ek

hat sich vorgenommen, „bis 2050 oder noch früher ein Netto-Null-Emissions-Energieunternehmen zu werden“, heißt es in einer Mitteilung. Zu dieser Strategie gehört zum Beispiel der Bau einer Elektrolyse-Anlage in Köln. Eine riesige Investition ist nötig, um aus erneuerbaren Energien Wasserstoff (H_2) zu gewinnen, „grünen“ H_2. Der Treibstoff wird weltweit als saubere Zukunftstechnologie gehandelt.

Bei Autos mag man sich noch vorstellen, eine halbe Stunde an einer E-Tankstelle zu stehen und auf die Ladung der Akkus zu warten, zumal auch mehr und mehr interessante Modelle mit Reichweiten von 400 Kilometern und mehr auf den Markt kommen.

Bei Großfahrzeugen wie Bussen oder Lkw sieht das anders aus. Um die mobilen Riesen anzutreiben, braucht es große Batterien, was zulasten von Leistung und Ladung geht. Dazu kommt, dass die Ladezeiten lang, die Ladetechnik aufwendig und die Reichweiten zu kurz wären. Mit anderen Worten: „Das macht keinen Sinn“, erzählt Paul-Geschäftsführer Bernhard Wasner aus Erfahrung. Denn das Unternehmen rüstet Nutzfahrzeuge aus, auf und um und stellt aus unterschiedlichen Komponenten vornehmlich deutscher Produzenten (MAN, BPW, ZF) mittlerweile eigene Elektro-Fahrzeuge in Kleinserie her, „fünf bis 100 Stück“, beschreibt Wasner die Größenordnungen, mit der Paul erfolgreich unterwegs ist. Gerade werden in Niederbayern für die Stadtreinigung Berlin 30 etwa 15 Jahre alte Daimler-Transporter komplett erneuert und verlassen als Paul-E-Fahrzeuge wieder die Werkshalle. Weil die Hauptstadt den eigenen Fuhrpark schnell emissionsfrei haben will, stehen als nächstes Sightseeing-Busse zur Umrüstung an. Für den Stadtverkehr sind die Reichweiten von knapp 100 Kilometer ausreichend.

Logistiker schlagen bei solchen Weiten natürlich die Hände über dem Kopf zusammen. Die Brennstoffzelle soll die Zukunft sein. Das Prinzip, erklärt Bernhard Wasner, basiere auf der Elektromobilität. Lastwagen mit Batterie müssten nun nur noch eine Brennstoffzelle bekommen. Hintergrund: Wasserstoffbetriebene Fahrzeuge verbrennen den Wasserstoff nicht so, wie man Benzin verbrennt, um einen Kolben anzutreiben. Stattdessen verfügen sie über eine Brennstoffzelle, die den Wasserstoff zur Stromerzeugung nutzt.

Erste Prototypen bereits im Bau

Das hört sich praktisch an, ist in der Umsetzung aber vor allem teuer, weshalb die Technologie wegen des Henne-Ei-Prinzips nicht recht vorankommt: Hersteller beklagen einen fehlenden Markt, mögliche Käufer die Infrastruktur und alle zusammen die hohen Kosten. „Dieses Prinzip wollen wir durchbrechen“, beschreibt Alexander Maier den Antrieb im Konsortium, das alle Kompetenzen für eine praktische Umsetzung abdeckt: von der Energielieferung bis zur Betankung, von der Lkw-Ausstattung bis zum Service. Im Mittelpunkt der Lkw-Umbauten stehen Größenordnungen zwischen 12 und 24 Tonnen, zumal die OEMs, wie die Markenhersteller bezeichnet werden, sich bereits mit der Umrüstung der 40-Tonner beschäftigen. Ein Paul-Prototyp soll in den nächsten Wochen fertig sein. Die ersten Modelle der Kleinserie sollen schon bis 2023 auf den Markt kommen. Das Interesse der Kunden sei da. Wer Wasserstoff fährt, soll auch Treibstoff finden: MaierKorduletsch plant dazu sogar eine mobile Tankstelle, um H_2 zu den Kunden zu bringen. Auch das ist eine Millioneninvestition, aber so müssen auch nicht schnell viele Wasserstoff-Tankstellen in der Region gebaut werden. Und regionale Kunden wie Stadtwerke oder Busunternehmen könnten schnell auf H_2 umsteigen.

„Wir als Niederbayern wollen die Wasserstofftechnologie in Deutschland anschieben“, sagt Alexander Maier entschlossen. Die Euphorie teilt der Landkreis Passau, der sich als Umweltlandkreis sieht. Die große Politik ist noch nicht recht auf diesen Zug aufgesprungen. Gesprochen wurde indes mit Hochschulen, die die praktischen Erfahrungen sammeln könnten, „wir könnten ein großes Reallabor werden“, regt Alexander Maier an.

Mit jeweils 10 Millionen Euro rechnen sowohl die Firma Paul als auch MaierKorduletsch an Investition für den Autohof am Autobahnkreuz. Die A94 in diesem Teilbereich soll demnächst gebaut werden. Es müsse noch einiges geplant werden, „gebaut ist dann schnell“, sagt Alexander Maier über den Anfang.

Doch Euphorie und 20 Millionen werden nicht ausreichen, wie das Konsortium offiziell mitteilt: „Nur mit den entsprechenden Rahmenbedingungen und staatlichen Förderungen sind solch große Investition in den Klimaschutz möglich und sinnvoll.“ Bernhard Wasner drückt es so aus: „Wir denken ganzheitlich, aber um den Stein ins Rollen zu bringen, brauchen wir den Staat.“

Der Vater aus dem Führerbunker

Arndt Freiherr Freytag von Loringhoven soll neuer deutscher Botschafter in Polen werden. Doch die Vergangenheit seines Vaters sorgt dort für Kontroversen.

Von Ulrich Krökel

Arndt Freiherr Freytag von Loringhoven gilt als diplomatisches Schwergewicht. „Allererste Liga“, heißt es über den Mann, der Deutschlands neuer Botschafter in Polen werden soll. Von Loringhoven studierte Chemie, Philosophie und Geschichte. Ein Diplomat alter Schule, der in Paris, Moskau und Prag diente und Geheimdienstkoordinator bei der Nato in Brüssel war. Nun also Warschau, mit 63 Jahren, zum krönenden Abschluss. Ein Ausdruck höchsten Respekts für das Gastland.

Das Dumme ist nur: In Kreisen der polnischen PiS-Regierung sieht man in dem Freiherrn von Loringhoven etwas ganz anderes: einen potenziellen „Besatzungsoffizier“. Amtlich sagt das zwar niemand in Warschau. Viel zu sensibel ist die ganze Sache, noch dazu in einer Zeit, da im nahen Belarus eine Freiheitsrevolte tobt und der Kreml im Verdacht steht, Oppositionelle wie Alexej Nawalny vergiften zu lassen. Hinter den deutsch-polnischen Kulissen jedoch stehen die Zeichen auf Sturm.

Seit zwei Monaten verzögert das Außenministerium in Warschau nun schon die Akkreditierung des Botschafters. Das ist in solchen Verfahren absolut unüblich. Mittlerweile will in Berlin auch niemand mehr an die Begründung glauben, es gebe wegen der Corona-Pandemie „Verwaltungsprobleme“. Nein, allen Beteiligten ist längst klar, dass es um die Familiengeschichte des Freiherrn von Loringhoven geht und womöglich

Freiherr Freytag von Loringhoven soll schon seit zwei Monaten als neuer Botschafter akkreditiert werden, doch Warschau verzögert das Obligatorium. – F.: Michal, dpa

um eine antideutsche Neuausrichtung der polnischen Außenpolitik.

Die biografische Spur führt zum Vater des designierten Botschafters. Bernd Freytag von Loringhoven diente als Wehrmachtsoffizier an der Ostfront und war 1945 Adjutant des Generalstabs im Führerbunker. Dort bereitete er Fluchtpläne für Adolf Hitler vor. Dem Vernehmen nach will vor allem PiS-Chef Jaroslaw Kaczynski den Sohn eines solch hochrangigen NS-Mannes nicht als Botschafter akzeptieren. Eben weil er in ihm einen „Besatzungsoffizier“ wittert. Kaczynski hat zwar kein Staats- und Regierungsamt inne, hält aber alle Fäden in der polnischen Politik in der Hand. Aus seiner antideutschen Grundhaltung hat er nie einen Hehl gemacht.

Wird da also ein Sohn für seinen Vater in Sippenhaft genommen? Zumindest werden biografische Fakten ausgeblendet. Die Briten zum Beispiel konnten Bernd Freytag von Loringhoven keine Beteiligung an NS-Verbrechen nachweisen und entließen ihn bald nach dem Krieg aus der Haft. Und nicht zuletzt gehört zu dem Adelsgeschlecht, dem der designierte Botschafter und sein Vater entstammen, auch der Oberst Wessel Freytag von Loringhoven. Er war an dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 beteiligt.

Die für gewöhnlich gut informierte Warschauer Zeitung „Rzeczpospolita“ berichtet, polnische und deutsche Regierungskreise hätten den biografischen Komplex von Anfang an vollkommen unterschiedlich bewertet. „Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die bilateralen Beziehungen für so reif gehalten, dass sie glaubte, die Vergangenheit des Vaters spiele keine Rolle.“ In Polen jedoch sei die historische Sensibilität eine andere. Glaubt man der Zeitung, sind die Verantwortlichen in der Bundesregierung aus allen Wolken gefallen, als in Polen derart harsche Kritik laut wurde.

Allerdings gibt es auch starke Hinweise, dass es weniger um fehlendes deutsches Feingefühl geht als um eine Instrumentalisierung des Falls durch die PiS-Regierung. Anzeichen dafür gab es schon im Präsidentschaftswahlkampf im Frühsommer. Amtsinhaber und PiS-Kandidat Andrzej Duda fuhr wiederholt scharfe Attacken gegen das Nachbarland. Es gebe dort Versuche, die Wahl in Polen über eine mediale Falschberichterstattung zu beeinflussen. „Wir erleben hier den nächsten deutschen Angriff“, erklärte der Präsident in Kriegsrhetorik.

Kurz nach Dudas Wahlsieg, der die Macht der PiS für die kommenden Jahre zementiert hat, kündigte dann Außenminister Jacek Czaputowicz seinen Rücktritt an. Der 64-Jährige galt als enger politischer Freund seines deutschen Kollegen Heiko Maas. Im Amt folgen soll nun Zbigniew Rau (65), der als erzkonservativer Katholik und Patriot mit Hang zum aggressiven Nationalismus gilt.

Personalisierte Ausgabe für Abo.-Nr. 4589451

Scheuer: „Landkreis hat Potenzial für Pilotregion“

Wasserstoff-Offensive: Ministerium sieht „optimalen Verbund aus Wirtschaft und Kommunen“ – Firmenkonsortium bereit

Berlin/Passau. Nach diesem Treffen in Berlin hatten Landrat Raimund Kneidinger und Firmenvertreter der Region eine wichtige Grundaussage von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer im Gepäck: Als Teil der bundesdeutschen Wasserstoff-Offensive habe der Landkreis Passau das Potenzial zur Pilotregion. Grund: Die Kombination der jetzt schon bereit stehenden Partner sei optimal. Im Mittelpunkt stehen der Sonderfahrzeugbauer Paul (Vilshofen/Passau) und der Energie-Dienstleister Maier-Korduletsch (Vilshofen).

Scheuer zeigte sich überzeugt, der Landkreis habe für den Zuschlag als Wasserstoff-Modellregion „beste Karten“, teilt das Landratsamt mit. Sämtliche Partner der Wertschöpfungskette seien mit an Bord: Tankstellenbetreiber, Energieversorger und Fahrzeugumrüster. Scheuer: „Moderne Mobilität gelingt nur im engen Schulterschluss zwischen Kommune und Wirtschaft. Raimund Kneidinger hat durch sein Engagement alle Player des Landkreises an einen Tisch geholt und ein ganzheitliches Wasserstoffprojekt entwickelt. Der Landkreis hat damit das Potenzial, Pilotregion für innovative Mobilität zu werden. Das sichert nicht nur für viele Familien Arbeitsplätze, sondern stärkt auch massiv den ländlichen Raum.“

Nach Aussage von Landrat Kneidinger wird der Landkreis Passau „sobald wie möglich entsprechende Förderanträge beim Bund stellen. Die Mobilität der Zukunft ist gerade für uns als Flächenlandkreis eines der wichtigsten Themen in den kommenden Jahren und steht deshalb als zentraler Punkt auf der Agenda unserer Nachhaltigkeitsstrategie. Den Wasserstoffantrieb sehe ich persönlich als echte Alternative zur Elektromobilität und das Passauer Land hat mit seinen starken Partnern aus der Wirtschaft genau die Profis vor Ort, wenn es um die Weiterentwicklung der dafür nötigen Technologien geht.“

Der Landkreis habe größtes Interesse, hier Vorreiter- und Modellregion zu werden und sei deshalb sehr dankbar für die Unterstützung durch Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer. Kneidinger zeigte auch größten Respekt vor dem Engagement der beteiligten Firmen. Hier sei der absolute Wille zum Erfolg spürbar: „Da stecken Leidenschaft und Herzblut drin und wir alle wissen, dass wir damit direkt an der Zukunft unserer Wirtschaftsregion arbeiten.“ Eingehend hatten die Teilnehmer in Berlin gemeinsam mit dem Minister über die Entwicklung einer Wasserstoffregion im Landkreis Passau beraten. Dazu wird der Landkreis ein übergreifendes Mobilitätskonzept unter Einbeziehung der kommunalen Flotten vom Feuerwehrfahrzeug über Busse bis zum Müllfahrzeug einreichen. In einem ersten Schritt soll der Sonderfahrzeugbauer Paul in seinem Werk in Albersdorf bei Vilshofen vier Pilot-Lkw in der Klasse 12 bis 24 Tonnen auf Wasserstoffantrieb umbauen. Der entsprechende Förderantrag wird laut Landratsamt Passau derzeit fertiggestellt. – red/rot

– Siehe **Heimatwirtschaft S. 9**

Besprachen in Berlin die Möglichkeiten für den Landkreis Passau: Landrat Raimund Kneidinger (im Uhrzeigersinn von links), Walter Pötzinger (Paul Nutzfahrzeuge), Manuel Reich (GP Joule, l.), Alexander Maier (Maier Korduletsch), Harald Eichberger (Eichberger Reisen), Josef Kaiser (Landratsamt Passau), Jörg Debus (Shell Deutschland) und Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer. – Foto: Landratsamt

DREI UNTERNEHMEN – EINE IDEE

Dieser Verbund könnte eine der größten Investitionen in Ostbayern seit Jahrzehnten auslösen, denn es geht um die Lösung des „Henne-Ei-Problems“ von Angebot und Nachfrage beim Wasserstoff. Der Plan: Die **Shell Deutschland Oil GmbH** übernimmt die Herstellung von grünem Wasserstoff und **Maier-Korduletsch** stellt mit der Tankinfrastruktur und der entsprechenden Logistik die Versorgung und somit das Wasserstoff-Angebot sicher. Gleichzeitig kümmert sich die **Paul Unternehmensgruppe** um Bau/Umbau, Service und Wartung von Wasserstoff-getriebenen Nutzfahrzeugen und sorgt für die Vermarktung der Lkw. Für den regionalen Start ist der Landkreis Passau als Modellregion vorgesehen, nach dessen Vorbild dann eine bundesweite Struktur aufgebaut werden kann. Maier-Korduletsch, Paul und Shell bilden dafür das „Next Mobility Accelerator Consortium“ um die Verbreitung von Wasserstoff im Lkw-Verkehr zu fördern.

Als einer der führenden deutschen Anbieter im Sonderfahrzeugbau mit professionellem Nutzfahrzeug-Service ist die Paul Unternehmensgruppe (Vilshofen/Passau) besonders vom Wandel hin zu neuen Antriebssystemen betroffen. „Früh genug sicher für die Zukunft aufstellen, Arbeitsplätze und die Wettbewerbsfähigkeit sichern – darum geht es“, sagen Inhaber Josef Paul und Hauptgeschäftsführer Walter Pötzinger.

Maier-Korduletsch (Vilshofen) denkt etwa an einen Autohof in der Region, der alle zukünftigen Anforderungen für den Verkehr und im Speziellen für den Schwerlastverkehr abdeckt. An dem Standort soll die Infrastruktur für den Verkehr von morgen bereitstehen, von konventionellen Kraftstoffen über Flüssiggas und einem Schnellladepark bis hin zu Wasserstoff. Als Zwischenschritt sind mobile Tankstellen etwa für Wasserstoff denkbar. – red

Rastbüchler Schanze: Kreis zahlt bei Leasing mit

Springer werden mit VW-Bus befördert

Passau. Seit über 30 Jahren ist die Baptist-Kitzlinger-Schanze in Rastbüchl in Breitenberg in Betrieb. Auf ihr haben so namhafte Skispringer wie Michael Uhrmann und Severin Freund ihre ersten Sprünge absolviert. Eine ursprünglich geplante Aufstiegshilfe war bei der Generalsanierung in den Jahren 2012/2013 aus Kostengründen und mangelnder Förderung nicht gebaut worden. Die Springer werden stattdessen mit einem VW-Bus nach oben zum Einstieg befördert. Jetzt ging es im Kreisausschuss um die Beteiligung des Landkreises an den Leasingraten für diesen, da der derzeitige Vertrag im Dezember ausläuft.

„Damals haben wir zugesagt, einen Bus zu bezuschussen“, erinnerte Landrat Raimund Kneidinger im Kreisausschuss an die diesbezügliche Zusage an den WSV Rastbüchl, der sich um den Transport der Springer an der Schanzenanlage kümmert. Laut Kreiskämmerer Heinz Dorschner ist mit Kosten von rund 6500 Euro pro Jahr zu rechnen, einschließlich Versicherungskosten und Steuer für den VW-Transporter. Dem stimmten die Ausschussmitglieder ohne viel Aufhebens zu, zumal sich der Landkreis durch die nicht realisierte Aufstiegshilfe auch erhebliche Folgekosten gespart hat. Lediglich Kreisrat Oskar Atzinger fragte an, wie lange es dauern würde, wenn die Springer den Aufstieg zu Fuß bewältigen würden. „Es würde wohl schwierig, weitere Skisprung-Adler zu gewinnen“, verwies Landrat Kneidinger auf die Bedeutung der Rastbüchler Skisprung-Anlage, die von nationalen und internationalen Skiteams genutzt werde. An der kleinen Schanze gehen seiner Aussage nach die Springer sowieso zu Fuß, an der Großschanze sei dies wegen der erheblichen Strecke und Steigung einfach nicht zumutbar. – sin

Zufrieden mit Tarifverhandlungen

Jahreshauptversammlung der Bau-Innung Unterer Bayerischer Wald im „Light“-Format

Neuburg am Inn. Die Bau-Innung Unterer Bayerischer Wald hat ihre Jahreshauptversammlung in Neuburg am Inn abgehalten. Obermeister Rudolf Georg Haller leitete diese Innungsversammlung „light“, denn aufgrund der aktuellen Situation wurde auf eine umfangreiche Tagesordnung verzichtet.

Der Obermeister informierte die Innungsversammlung über die Tarifverhandlungen des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie und die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt. Nach drei Verhandlungsrunden konnte immer noch keine Einigung erzielt werden, weshalb es zu einem Schlichtungsverfahren kam. Trotz schwieriger Verhandlungen wurden unter anderem folgende Punkte im Ergebnis festgehalten: 2,1 Prozent Lohnerhöhung ab Januar 2021, 500 Euro „Corona-Prämie“ spätestens mit dem Novembergehalt und 0,5 Prozent Zuschlag ab Oktober dieses Jahres („Wegstreckenentschädigung“). Haller zeigte sich zufrieden mit den Ergebnissen der Tarifverhandlungen. Er freute sich auch über die fünf Neumitglieder, die der Bau-Innung im laufenden Jahr beigetreten sind: Georg Hofer aus Kößlarn, Karl Bachl GmbH & Co. KG aus Freyung, HK Montagebau GmbH aus Freyung, Armin Schuster GmbH aus Hofkirchen und Christian Pöschl aus Jandelsbrunn. Obermeister Rudolf Haller und Geschäftsführer Thomas Schosser ehrten die ausgeschiedenen Mitglieder des Gesellenprüfungsausschusses der Maurer für ihre langjährige Tätigkeit: Max Baar, der seit 1992 im Ausschuss der Maurer und seit 2000 im Ausschuss für Hochbaufacharbeiter tätig war sowie viele Jahre Vorsitzender des Prüfungsausschusses, und Walter Donaubauer, der seit 1995 im Ausschuss der Maurer und ebenfalls seit 2000 im Ausschuss für Hochbaufacharbeiter bestellt war. – red

Tagten in Neuburg am Inn: Georg Hofer (v.l.), Christian Pöschl, Kreishandwerksmeister Siegfried Piske, Max Baar, Obermeister Rudolf Georg Haller, Geschäftsführer Thomas Schosser und Vorstandsmitglied Günther Lagleder. – Foto: PNP

Zugvögel am unteren Inn

Obernberg. Das Europareservat unterer Inn ist einer der bedeutendsten Rastplätze für Zugvögel und bietet die Möglichkeit zahlreiche, verschieden Arten zu beobachten. Mit etwas Glück bekommt man hier die Möglichkeit Uferläufer, Kiebitze oder sogar Seeadler zu sehen.

Am Samstag findet eine Exkursion unter Leitung von Andi Pontz statt. Treffpunkt ist um 11 Uhr an der Innbrücke bei Obernberg (West). Die Exkursion dauert drei bis vier Stunden. Zur Bildung von Fahrgemeinschaften wird um frühzeitige Anmeldung bei Gudrun Dentler gebeten unter ☎ 0160/733 9896 . – red

Corona: Fünf neue Fälle

Passau. Das Gesundheitsamt hat im Landkreis Passau am Mittwoch fünf neue Fälle des Corona-Virus registriert. „Stand Mittwoch wurden damit im Landkreis Passau bisher 833 Personen mit dem Corona-Virus infiziert“, teilt Christoph Kölbl, Sprecher des Passauer Landratsamtes, mit.

Aktuell führt das Gesundheitsamt für den Landkreis Passau 28 aktive Fälle, 775 der bisher Infizierten gelten als genesen. 30 Landkreisbürger sind bislang an oder mit dem Coronavirus verstorben. „Die Sieben-Tage-Inzidenz für den Landkreis Passau liegt derzeit weiterhin bei etwa zehn“, so Kölbl. – red

„Klatschen alleine reicht nicht“

DGB Passau fordert faire Tarifverhandlungen

Tiefenbach. Der DGB-Kreisvorsitzende David Tabach freute sich, den verdi-Gewerkschaftssekretär Josef Ilsanker als Gast im Rahmen einer Kreisvorstandssitzung im Gasthaus Knott begrüßen zu können. Ilsanker informierte die Gewerkschafter über die aktuellen Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst.

Der Verband der kommunalen Arbeitgeber sei in keiner Weise kompromissbereit. Aufgrund der Pandemie wollte verdi keinen Tarifkonflikt und hatte angeboten, die Tarifrunde zu verschieben. Dies wurde von Seiten der kommunalen Arbeitgeber jedoch abgelehnt. Ebenso verfolgten diese eine harte Strategie, bei der nicht mal der Inflationsausgleich für die 2,3 Millionen Beschäftigten gewährleistet sei. „Den Beschäftigten, die in diesen schwierigen Krisenzeiten ihre Frau und ihren Mann gestanden haben, nun die fällige Wertschätzung in Form von Tarifsteigerungen vorzuenthalten, geht gar nicht. Unsere Kolleginnen und Kollegen, die in den Krankenhäusern unter Einsatz ihrer eigenen Gesundheit um das Leben von Bürgern kämpften, die in den Gesundheitsämtern unter einen enormen Druck mit Überstunden dafür sorgten, dass Infektionsketten unterbrochen werden konnten oder die bei den Stadtwerken und im ÖPNV die Infrastruktur und Mobilität aufrechterhielten, haben den Laden am Laufen gehalten“, so Ilsanker.

Dem konnten die Anwesenden nur zustimmen und sicherten ihre Unterstützung zu. DGB-Kreisvorsitzender David Tabach: „Jeder war froh und dankbar für die geleistete Arbeit. Es wurde sogar geklatscht. Klatschen alleine reicht aber nicht, davon können sich unsere Kolleginnen und Kollegen nichts kaufen. Den wertschätzenden Worten müssen auch Taten folgen.“ – red

Bei der Kreisvorstandssitzung: Wendelin Hegedüsch (v.l.), Josef Ilsanker, Ingeborg Knon, David Tabach, Edwin Urmann und Tobias Korter. – Foto: PNP

Personalisierte Ausgabe für Abo.-Nr. 4589451

Lauter und langer Protest gegen Siemens

Konzern schließt Produktion und baut weitere 335 Stellen ab – Betriebsrats-Vorsitzende: „Standort verkümmern lassen“

Von Bernhard Brunner

Ruhstorf an der Rott . Über 400 Menschen – damit deutlich mehr als die dem Stellenabbau preisgegebenen 335 Arbeitsplätze – haben am Dienstagabend mit einer Menschenkette rund um das Werk in Ruhstorf gegen die Streichungsabsichten von Siemens protestiert. Die Redner bei der Kundgebung fanden markige Worte in Richtung Konzernspitze. „Sie haben den Stecker gezogen“, warf Betriebsratsvorsitzende Elke Malcher den Managern vor, die den Standort einfach verkümmern hätten lassen und systematisch nach unten gefahren hätten. „Wir kämpfen“, versicherte sie den Betroffenen einmal mehr.

Die Menschenkette am Siemens-Werk in Ruhstorf wird durch einen spontanen Autokorso der IG Metall-Gewerkschafter verstärkt. – Foto: Brunner

„Falsch eingeschätzt“: Kritik am Wirtschaftsminister

Die Arbeitnehmervertreterin kreidete den Siemens-Verantwortlichen an, sich Möglichkeiten, Lösungen für die Beschäftigten in Ruhstorf zu finden, bewusst verweigert zu haben. Man habe hier nur eine Show abgezogen, um den Schein zu wahren, wetterte Elke Malcher unter Applaus der Umstehenden mit bunten Lichterbändchen. „Wir fordern endlich eine zukunftsfähige Alternative“, fügte sie hinzu und gab zu bedenken, dass im Siemens-Industriepark bislang „ganze zehn Leute von uns eine Anschlussbeschäftigung gefunden“ hätten. Die angekündigten Firmen wie Rolls Royce würden überwiegend nur mit Arbeitskräften aus den eigenen Reihen einziehen, betonte die Betriebsratssprecherin.

Die letzten vier Jahre seien die Siemens-Werker in Ruhstorf mürbe gemacht worden, in dem der Standort „systematisch heruntergefahren“ worden sei, so Elke Malcher. Die Ankündigungen aus der sogenannten Zukunftsstrategie, Ersatz-Arbeitsplätze zu schaffen, wischte sie jetzt als „Quatsch“ beiseite. Am liebsten wäre es der Siemens-Leitung von Anfang an gewesen, gleich den ganzen Standort zu schließen, an dem von ursprünglich 1200 Stellen bereits nahezu 700 verloren gegangen seien und nun weitere 335 wegfallen sollten. Kein gutes Haar ließ die Gewerkschafterin an Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger (Freie Wähler). Er habe ihrer Überzeugung nach die Situation mit dem Industriepark „völlig falsch einschätzt“, zumal die Firmen dort eigene Mitarbeiter mitbrächten.

Als „wirklich schönes Bild“ bewertete der zweite Bevollmächtigte der IG Metall Passau, Wolfgang Nirschl, die Menschenkette, der die Delegierten auf ihrem Weg von der soeben abgehaltenen Versammlung in der Niederbayernhalle zum Siemens-Werk mit einem spontanen kleinen Autokorso und Hupkonzert noch eins draufsetzten. Der Gewerkschafter warnte davor, Existenzen und die Lebensgrundlage der Siemens-Mitarbeiter durch den Stellenabbau aufs Spiel zu setzen. „Siemens hat den Standort in Ruhstorf kaputt gespart“, warf er den Konzern-Verantwortlichen vor und versprach den Betroffenen, dieses bewusst herbeigeführte Szenario nicht einfach so hinzunehmen. Nirschl warb in Anwesenheit von MdL Walter Taubeneder (CSU) für eine politische Allianz – „über die Parteigrenzen hinweg“. Minister Aiwanger unterstellte er, den Standort Ruhstorf wohl auch schon abgeschrieben zu haben.

„Wir wollen, dass die Menschen vernünftige Arbeitsplätze haben, anstatt – wie auch immer – abgefunden zu werfen“, rief der IG Metall-Funktionär ins Mikrophon. „Der Technopark war ein großer Flop bisher“, merkte Nirschl ergänzend an und appellierte an die Politiker: „Machen Sie mit uns Druck.“ Die Solidarität der Metallerinnen und Metaller in ganz Bayern sagte IG Metall-Bezirksleiter Johann „Jacky“ Horn den von Arbeitslosigkeit bedrohten Siemens-Mitarbeitern in Ruhstorf zu. Seiner Ansicht nach sind jetzt die Manager gefragt, neue Technologien – zum Beispiel unter dem Stichwort „Industrie 4.0“ – als Zukunftssicherung an den gefährdeten Standort mit seiner langen Tradition zu bringen.

„Frustriert“ über Verhalten der Siemens-Spitze

Als weiteren Riesen-Rückschlag – für die Standortgemeinde und die ganze Region – beklagte Ruhstorfs Bürgermeister Andreas Jakob den weiteren Arbeitsplatzabbau. Auch er ließ seine Meinung durchklingen, dass Siemens den Standort kaputt mache. Jakob empfand es als traurig, dass ein so großer Konzern keine Lösung für qualifizierte und gut ausgebildete Menschen finde. Das Verhalten der Siemens-Spitze charakterisierte er als „niederschmetternd und frustrierend“. Einen Produktionsstandort nach 120 Jahren zu verlieren, sei ein Tiefschlag für die Kommune, so Jakob, der den Betroffenen seine Solidarität zusicherte und versprach, sich nicht in die Reihe der Leute einzureihen, die laufend hierher kämen und „nur Versprechungen machen“.

Wasserstoff: Passau will Pilotlandkreis werden

Gespräch bei Verkehrsminister Scheuer

Passau/Berlin. Die Pläne sind schon sehr konkret: Das „Next Mobility Accelerator Consortium“ will in der Region Passau Wasserstoff erzeugen, verkaufen und Nutzfahrzeuge auf den modernen Treibstoff umrüsten – Wasserstoff 360 Grad also. Die Zusammenarbeit von zwei Mittelständlern aus Vilshofen – Josef Paul (Nutzfahrzeuge, 450 Mitarbeiter) und MaierKorduletsch (Kraftstoffhandel, 125 Mitarbeiter) sowie Weltkonzern Shell ist bereits vertraglich besiegelt. Bei Pocking soll ein Autohof entstehen, an dem auch wasserstoffbetriebene Fahrzeuge betankt werden können, während in den Werkstätten von Paul erste Lkw auf den neuen Treibstoff umgerüstet werden (die PNP berichtete). Vier Brummis der Gewichtsklasse 12 bis 24 Tonnen sollen in der Projektphase gebaut werden.

Unterm Strich: Ein Modell mit Vorbildcharakter. Das bestätigt Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU), dem die Beteiligten jetzt in Berlin das Projekt vorstellten. Der Landkreis Passau habe das Potenzial zur Pilotregion, so Scheuer, der das Engagement des Passauer Landrats Raimund Kneidinger hervorhob. Dieser habe „alle Player des Landkreises an einen Tisch geholt und ein ganzheitliches Wasserstoffprojekt entwickelt“, so Scheuer. Der Landkreis Passau werde, erklärt Landrat Kneidinger in einer Mitteilung, so bald wie möglich entsprechende Anträge stellen, um Pilotregion zu werden.

Auch Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger ist Anhänger der Wasserstoff-Technologie. Gestern wurde in Nürnberg ein Förderprogramm für 100 Wasserstoff-Tankstellen in Bayern gestartet, das mit 50 Millionen Euro ausgestattet ist. Gefördert werde im Sinne des Baukastenprinzips aber auch: „bedarfsgerecht Elektrolyseure zur Erzeugung von grünem Wasserstoff vor Ort, die Anschaffung bzw. Umrüstung von H2-Nutzfahrzeugen und Bussen sowie Logistikfahrzeugen in Kombination mit betriebsinternen Tankstellen“, wie das Ministerium in einer Mitteilung aufzählt. Es ist die Beschreibung dafür, was im Landkreis Passau bereits so geplant ist. – pnp/ek

Das 4er Cabrio wird niederbayerisch. Auffälligste Neuerungen sind die hohe Niere und das Stoffdach. – Foto: BMW

Der nächste Neue aus Dingolfing

Dingolfing. Nach dem 4er Coupé, das seit Juli bei BMW in Dingolfing gebaut wird, bereitet sich das Werk auf den nächsten Modell-Start vor. Ab November wird Niederbayern auch Heimat des 4er Cabrio (bisher Regensburg). Die Präsentation fand nur auf der Homepage des Konzerns statt, wo die ersten Bilder des Fahrzeugs veröffentlicht wurden – und die Preisliste. Die günstigste Ausführung ist theoretisch mit 51 056,31 Euro angegeben. Der genannte reduzierte Mehrwertsteuersatz wird voraussichtlich aber nicht zur Anwendung kommen, denn dieser gilt nur bis Ende des Jahres. Marktstart für das neue Cabrio, das statt eines Stahl- nun ein Stoffdach bekommt, ist aber erst März 2021. Bei den Händlern steht es anfangs als 420, 430 und M440 ixDrive sowie in einer Diesel-Ausführung zur Verfügung.

Insgesamt bleibt BMW bei seiner 4er-Reihe der alten Autobauer-Tradition verbunden: Neue Technik, starke Motoren (184 bis 374 PS), die zwar alle die Abgasnorm 6d erfüllen, aber eine Plug-in-Hybrid- oder gar komplett elektrifizierte Version ist hier nicht vorgesehen. – ek

Jung-Gewerkschafter: Wer nicht ausbildet, soll zahlen

Vorbild Baugewerbe mit Umlagefinanzierung

Landshut/Passau. Corona verändert vieles – auch die Ausbildung. „Viele Betriebe nehmen Corona als Vorwand dafür, dass sie sich schon länger aus der Ausbildung zurückziehen wollten“, warf Martin Birkner, DGB-Jugendsekretär Niederbayern, den regionalen Betrieben bei einer Online-Pressekonferenz der Gewerkschafts-Jugend gestern vor. Insgesamt sei die Zahl der Betriebe, die ausbilden, in Niederbayern seit 2009 um rund vier Prozent zurückgegangen. „Wir finden es erschreckend als Gewerkschaften, dass sich hier nur noch jeder fünfte Betrieb engagiert.“ Vor allem kleinere Betriebe ziehen sich nach seinen Beobachtungen hier zurück. Dabei sei Ausbildung der einzige Weg, um den Fachkräftemangel zu bekämpfen.

Andererseits beklagen immer mehr Unternehmen, dass sie keine Azubis finden. Raphael Hoschkara, Jugendsachbearbeiter der IG Metall, nennt auf PNP-Nachfrage dafür mehrere Ursachen. So hätten Unternehmen, die rein auf den – heuer wegen Corona ausgefallenen – Ausbildungsmessen ihren Nachwuchs suchen, auf Sand gebaut. Es gelte, neue und kreative Wege zu gehen, um junge Menschen zu erreichen. Zudem reiche es nicht, wenn Betriebe nur die „Sahne abschöpfen“ und die besten Bewerber nehmen, während andere durchs Raster fielen. So seien die Einstellungstests seit den 2000er Jahren nicht mehr angepasst worden, aber viele Bewerber, die Facharbeiter der Zukunft seien, scheitern daran. Der Gewerkschaftsvertreter forderte insgesamt mehr individuelle Förderung. Es werde generell zu wenig in Menschen investiert, kritisierte Hoschkara: „Zu wenig Ausbilder sind für zu viele junge Leute zuständig.“

Im Baugewerbe gibt es eine Umlagefinanzierung, informierte Marina Linz, Gewerkschaftssekretärin der IG-BAU. Das heißt: Alle Unternehmen zahlen in einen Pool, Betriebe, die ausbilden, erhalten daraus Förderung. Martin Birkner sah dies als Vorbild für alle dualen Ausbildungen: „Unternehmen, die die Kosten und Mühen einer Ausbildung scheuen, später aber von den Fachkräften profitieren wollen, sollen hier einzahlen müssen.“ – mel

Anzeige

WERKSVERKAUF

Jeden Freitag von 9 – 12 Uhr in 94121 Salzweg, Waldstraße 53

50 Masken für Privatkunden zum günstigen Preis von 9,50 € inkl. MwSt.

KOMFORT-Mund-Nasen-Bedeckungen zum günstigen Preis

JETZT schon ab 50 Stück!

Made in Germany

FesanoCare

Aus der Region für die Region:

Hochwertige Komfort-Mund-Nasen-Bedeckungen.
„Made in Germany“.
Beste Qualität zum fairen Preis.

www.fesanocare.com

Die hochwertigen Mund-Nasen-Masken „Made in Germany“ werden unter „FesanoCare“, einer Produktlinie der Fetter + Spiritini Unternehmensgruppe, verkauft.

www.hauer-heinrich.de

Anschub für Wasserstoffprojekt Niederbayern

Wirtschaftsminister Aiwanger informiert sich über Initiative der Firmen Paul und MaierKorduletsch

Von Regina Ehm-Klier

Vilshofen. „Der Mittelstand rettet am Ende die Welt“, zeigt sich Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger (Freie Wähler) überzeugt. Denn er hatte mit zwei Mittelständlern gesprochen, die in Niederbayern den Wasserstoff voranbringen wollen: mit Treibstoffversorgung (MaierKorduletsch, Vilshofen) und Fahrzeugbau (Josef Paul, Vilshofen). Beides im großen Stil. Gemeinsam mit Shell ist bereits ein Konsortium gegründet, Pläne für einen Autohof inklusive Stromerzeugung und Wasserstoffversorgung sind fertig (die PNP berichtete), die Uni Passau und die TUM begleiten das Projekt ebenfalls.

Alternative Antriebe: Bei der Firma Josef Paul werden Lkw, Busse und andere Großfahrzeuge umgebaut. Geschäftsführer Walter Pötzinger (3.r.l.) erklärt Minister Hubert Aiwanger (daneben) die Technik. – Foto: ek

Doch die Verkehrsumrüstung auf die Zukunft kostet Geld. Allein rund 18 Millionen hat Josef Paul, Aufsichtsrat des gleichnamigen Nutzfahrzeugbauers, ausgerechnet, werden verschlungen sein, ehe aus einem herkömmlichen Truck ein mit Wasserstoff betriebener Lkw in Serie gebaut werden kann. Paul hat mit solchen Umbauten bereits Erfahrung, wie gestern auch der Wirtschaftsminister sah. In den Hallen im Gewerbegebiet Albersdorf nahe der A3 bekommen zum Beispiel ausgediente Kommunalfahrzeuge ein zweites Leben durch E-Antrieb und Batterie. Dieses Know-how nutzt das Unternehmen zurzeit und entwickelt H_2-Prototypen der Lkw-Klassen 12 bis 24 Tonnen.

Angetrieben durch die Pläne der Unternehmer hat bereits vor kurzem ein Treffen mit Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer in Berlin stattgefunden. Ergebnis: Der Landkreis Passau könnte Wasserstoff-Projektregion werden.

Das begrüßt und unterstützt der bayerische Wirtschaftsminister, wie er gestern betonte. Alles müsse miteinander vernetzt werden, europäische, Bundes- und bayerische Förderprogramme will er zusammenführen und die Beteiligten „ganz gezielt an einen Tisch bringen“. Dabei erinnerte Aiwanger an die Wasserstoff-Strategie des Freistaats, mit der bereits verschiedene Initiativen gebündelt und gefördert werden. Erst vor einer Woche trat das Förderprogramm in Kraft, das die Einrichtung von Wasserstoff-Tankstellen mit bis zu 90 Prozent finanziert. Die Umrüstung von kommunalen Fahrzeugen auf Brennstoffzelle könne bereits mit bis zu 50 Prozent gefördert werden. Die Elektrolyse, das heißt, die Produktion von Wasserstoff, wird ebenso bezuschusst, erinnerte Aiwanger. Ein gutes Stichwort für Vilshofens Bürgermeister Florian Gams (SPD) sowie von Alexander Maier (MaierKorduletsch), um auf Pleinting, ebenfalls im Stadtgebiet Vilshofen gelegen, und die Möglichkeiten der Energienutzung dort im aktuell stillgelegten Umspannwerk hinzuweisen.

Zusagen gab es freilich keine vom Minister. Aber immerhin haben die Wasserstoff-Antreiber überzeugt: „Das kann was werden, das muss was werden“, ließ sich Aiwanger euphorisch über das „schlüssige Konzept“ aus.

Der Mittelstand könne Lösungen finden und flexibel agieren, bestätigten die Firmenvertreter. Nur: Der Mittelstand habe auch nicht die finanziellen Möglichkeiten der Großindustrie.

Industrie noch eingeschränkt

München. „Über die Hälfte der Unternehmen leidet aktuell noch unter größeren Einschränkungen in der Produktion, jedes zweite davon ist sogar stark oder sehr stark betroffen“, berichtet Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der Arbeitgeberverbände bayme vbm, vom Ergebnis einer Umfrage bei der bayerischen Metall- und Elektroindustrie. Demnach erwarten nur 17,9 Prozent der Betriebe, Ende 2020 wieder das Vorkrisenniveau in der Produktion erreicht zu haben. Ein gutes Viertel rechne zwischen Mitte und Ende 2021 damit, für 54,1 Prozent ist eine Rückkehr zum Vorkrisenniveau derzeit noch nicht absehbar. Die Kapazitätsauslastung sei von 64 Prozent im Juli auf 77 Prozent im Oktober gestiegen. Aber zwei Drittel der Unternehmen erwarten 2020 einen Umsatzrückgang. Mehr als die Hälfte der bayerischen M+E-Unternehmen haben noch Kurzarbeit. Laut Umfrage bauen 30,6 Prozent der Unternehmen bis Ende 2020 Stellen ab, knapp zehn Prozent spricht von betriebsbedingten Kündigungen. In diesem Zusammenhang warnt der Verband auch in Richtung Tarifparteien vor weiteren Belastungen. – pnp

Anzeige

Unfall auf B 12: Drei Verletzte

Salzweg/Röhrnbach. Drei Menschen wurden verletzt, als es am Freitag kurz nach 14 Uhr auf der B 12 bei Röhrnbach zu einem Verkehrsunfall kam. Ein 36-jähriger Mann wollte laut Polizeimitteilung mit seinem Hyundai von der Passauer Straße kommend die B 12 geradeaus in Richtung Pötzerreut überqueren. Dabei übersah er offensichtlich einen von rechts kommenden, auf der B 12 in Richtung Passau fahrenden Skoda, besetzt mit einem Ehepaar aus Salzweg. Bei dem heftigen Zusammenstoß zog sich der Fahrer des Hyundais mittelschwere Verletzungen zu. Die Insassen des Skodas wurden leicht verletzt. Alle drei mussten mit dem Rettungsdienst in umliegende Krankenhäuser gebracht werden. An den Fahrzeugen entstand Gesamtschaden von rund 10 000 Euro. Die Feuerwehren aus Röhrnbach und Wilhelmsreut übernahmen die Verkehrslenkung. – red

Fahrt unter Drogeneinfluss

Tiefenbach. Bei einer Kontrolle haben Passauer Grenzpolizisten am Sonntagmittag festgestellt, dass ein 41-jähriger Autofahrer Drogen konsumiert hatte. Kontrolliert wurde das Auto mit ungarischer Zulassung auf der A 3 in Fahrtrichtung Frankfurt. Beim Fahrer stellten die Polizisten drogentypische Auffälligkeiten fest, ein Drogentest verlief positiv. Die Weiterfahrt wurde unterbunden, beim Fahrer eine Blutentnahme vorgenommen. Den Mann erwartet eine Anzeige wegen Fahrens unter Drogeneinfluss. – red

Hutthurm kriegt Wasserstoff-Tankstelle

Bürgermeister: Beitrag zu Energiewende und Nachhaltigkeit – Service-Angebote und E-Ladesäulen

Von Theresia Wildfeuer

Hutthurm. Die Marktgemeinde erhält die erste Wasserstofftankstelle im nördlichen Landkreis Passau. Das hat der Bau- und Umweltausschuss auf seiner jüngsten Sitzung im Rathaus einstimmig beschlossen. Neben mehreren Bauanträgen berieten die Ausschussmitglieder über die schon lange erwartete Eingabe zum Umbau der „Tankstelle Roll“ am Kreisel nahe der B 12.

„Der Markt Hutthurm freut sich darüber, dass auch hier einer der drei möglichen Standorte für eine Wasserstofftankstelle im Landkreis Passau vorgesehen ist“, betonte Bürgermeister Christian Grünberger (FWG). Hutthurm erhalte damit die erste Wasserstofftankstelle im nördlichen Landkreis Passau. Weitere Standorte seien Vilshofen und Ruhstorf.

Beitrag zur Energiewende und zum Flächensparen: Zweiter Bürgermeister Max Rosenberger (von links), Tankstellenbetreiber Karl Roll, Andrea Koller von der Marktgemeinde, Bürgermeister Christian Grünberger, dritter Bürgermeister Hans Freund und Lorenz Maier, Geschäftsführer der Firma MaierKorduletsch, begrüßen den Ausbau der Tankstelle am Hutthurmer Kreisel für Wasserstoff und E-Ladesäulen, der auch zur Nachhaltigkeitsstrategie des Landkreises Passau passt. – Foto: Grünberger

Baubeginn für 2021 geplant

„Die Wasserstofftankstelle ist ein Beitrag zur Energiewende und Nachhaltigkeitsstrategie des Landkreises Passau“, sagte Grünberger. Die Bürger erhielten damit in zentraler Lage, an einem Knotenpunkt auf dem Autozubringer nach Aicha vorm Wald sowie nach Tittling und auf der B 12 zwischen Passau und Freyung, eine Tankstelle, die nicht nur Mineralöl anbietet, sondern auch Energie für moderne und zukunftsfähige Antriebssysteme liefert. Es seien zusätzlich zu dem Wasserstoff-Angebot auch E-Ladesäulen vorgesehen. Hutthurm sei auch deshalb ein idealer Standort, weil es in der Marktgemeinde und im benachbarten Büchlberg Busunternehmer gibt, die auf die Wasserstofftechnologie aufspringen könnten. Er freue sich zudem darüber, dass mit dem Vorhaben der Investoren und Besitzer, der MaierKorduletsch-Gruppe, die alteingesessene Betreiberfamilie Roll eine Zukunftsperspektive erhält.

Bürgermeister Grünberger berichtete im Ausschuss über die Gespräche mit Alexander und Lorenz Maier von der Firma MaierKorduletsch zu dem geplanten Umbau der Tankstelle und ihren Visionen im Vorfeld. Baubeginn und Fertigstellung sind für 2021 geplant. Er bezeichnete sowohl die Entwicklung der bestehenden Tankstelle über das übliche Mineralölgeschäft hinaus als auch den Ausbau des Serviceangebots als sehr positiv für die Gemeinde.

„Wir möchten unseren Kunden mit zusätzlichen Services und neuen Energien einen Mehrwert bieten“, unterstrich Geschäftsführer Lorenz Maier von der Firma MaierKorduletsch. Die Tankstelle in Hutthurm eigne sich dafür perfekt. Man könne auf Bestehendes aufbauen, indem die Flächen erweitert werden. Dies sei nachhaltiger als neue Flächenversiegelung durch einen Neubau.

„Einen besseren und verkehrsgünstigen Standort gibt es in der Umgebung nicht“, fand Lorenz Maier. Die Firma MaierKorduletsch baue daher die Shell-Tankstelle „Am Kreisel“, die die Familie Roll seit 1998 betreibt, aus und um. Sie schaffe mit zusätzlichen Services und neuen Energien auch einen Mehrwert für die Region. In Hutthurm entstehe eine „Mobilitäts- und Servicestation“. Auch „Shop“ und Gastronomie würden ausgebaut. Das Konzept hierfür stehe bereits.

Zusätzliche Ein- und Ausfahrt am Kreisel

Die Pläne sehen auch eine Kfz-Prüfstelle und Ladeplätze für E-Fahrzeuge vor. Sie würden damit das bisherige Kraftstoffportfolio ergänzen, zum Beispiel mit dem Angebot von Wasserstoff, informierte Maier. Die Lage in Hutthurm passe gut in die Nachhaltigkeitsstrategie des Landkreises Passau und zum Wasserstoffvorhaben von MaierKorduletsch gemeinsam mit dem Next Mobility Accelerator Consortium.

In der Diskussion ging es auch um die Erschließung des Geländes und die Anzahl der Parkplätze. Es werde eine ausreichende Anzahl von Stellflächen angelegt, sagte Bürgermeister Grünberger. Auch eine zusätzliche Ein- und Ausfahrt am Kreisel sei vorgesehen, um die Kfz-Prüfstelle separat erreichen zu können. Die Mitglieder des Bauausschusses votierten einhellig für die Beschlussvorlage und damit das Vorhaben.

Retour-Rüge nach dem Verlagerungs-Vorwurf

Heinrich kritisiert „einseitige Argumente“

Zwiesel/Freyung. In seinem neuen Schwarzbuch kritisiert der Bund der Steuerzahler die geplante und in der „Landesstrategie Bayern 2030“ vorgesehene Verlagerung von rund 3000 staatlichen Stellen von der Landeshauptstadt München in die ländlichen Räume Bayerns – ausdrücklich auch die angedachte Ansiedlung von Abteilungen des Verwaltungsgerichts Regensburg in Freyung-Grafenau (*die PNP berichtete*).

Freyung-Grafenaus Landrat Sebastian Gruber hat diese Inhalte des Schwarzbuchs bereits gegeißelt und erhält nun Unterstützung vom Freyunger Bürgermeister Dr. Olaf Heinrich. Letzterer steht seit Juli dem einflussreichen Bayerischen Landesverein für Heimatpflege vor, der der „höchst einseitigen Argumentation“ des Bundes der Steuerzahler massiv widerspricht. Er steht mit seiner Kritik nicht allein.

„Leider sind die positiven Folgen der Behördenverlagerung im Schwarzbuch völlig ausgeblendet. Der Zuzug junger, hoch qualifizierter Menschen mit ihren Familien wird den ländlichen Raum nachhaltig stärken. Manche warten darauf, endlich in die ländliche Heimat zurückkehren zu können und erhalten durch die Verlagerung nun die Möglichkeit dazu. Darüber hinaus werden die örtliche Wirtschaft und Infrastruktur gestärkt, dadurch wiederum die Eigenwahrnehmung und das Image einer Region positiv beeinflusst“, so Dr. Olaf Heinrich.

Bezirkstagspräsident und Freyunger Bürgermeister Dr. Olaf Heinrich ist seit Juli Vorstandsvorsitzender des Landesvereins für Heimatpflege e.V. – F.: Blöchinger

Dem stimmt auch Univ. Prof. Dr. Holger Magel, Ehrenpräsident der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum und Mitglied der Enquetekommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“, zu, der dem Bund der Steuerzahler ebenfalls eine allzu einseitige Beurteilung vorhält: „Es ist sehr schade, dass der Bund die raumordnungspolitisch so wichtigen Behördenverlagerungen in den ländlichen Raum recht oberflächlich und billig kritisiert und gar mit dem hier völlig untauglichen Kosten-Nutzen-Verhältnis argumentiert. Behördenverlagerung ist nicht allein ein ökonomisches Rechenexempel. Es geht um Gleichwertigkeit und räumliche Gerechtigkeit und außerdem um die zukunftssichernde Stärkung unserer ländlichen Heimat!“

Auch das umfangreiche Forschungsprojekt „Stadt. Land. Wo? Was die Jugend treibt“ der Katholischen Landjugendbewegung Bayern resümiert: „Junge Menschen möchten oft gerne in der Heimat bleiben oder zurückkehren – können es aber häufig nicht, weil vor Ort aussichtsreiche Strukturen, insbesondere qualifizierte Arbeitsplätze, fehlen.“

Der Bayerische Landesverein für Heimatpflege befürwortet daher die Behördenverlagerung ebenso wie die Hochschul-Filialisierungen nachdrücklich. Er fordert den Bund der Steuerzahler zu einer umfassenderen Sicht des Sachverhalts auf. „Denn die Verlagerungen mögen sich auf den ersten Blick rein monetär nicht rechnen – auszahlen im Hinblick auf die Zukunft des ländlichen Raumes und die soziale Gerechtigkeit in Bayern werden sie sich allemal“, argumentiert Heinrich, der seit 2013 auch Bezirkstagspräsident von Niederbayern ist. – ck

PNP-Serie „Gemeinde im Dialog“

Statt Bürgerversammlung: Rathauschefs stellen sich im PNP-Interview Fragen der Bürger

Passau. Bürgerversammlungen sind wichtige Veranstaltungen für die demokratische Mitbestimmung. Sie bieten Bürgern die Möglichkeit, sich über die Vorhaben der Gemeinde und Märkte zu informieren, und den Bürgermeistern Fragen zu stellen. Coronabedingt müssen die Bürgerversammlungen im Landkreis Passau heuer jedoch abgesagt oder auf unbestimmte Zeit vertagt werden. Damit die Bürger trotzdem zu Wort kommen, ihre Fragen stellen können und erfahren, wie es um ihre Gemeinde steht, startet die PNP die Interviewserie „Gemeinde im Dialog“.

In der Serie geben die Bürgermeister der einzelnen Landkreisgemeinden einen Einblick in die finanzielle, bauliche und gesellschaftliche Lage in ihrer Kommune und beantworten zudem Fragen ihrer Bürger. In den ersten drei Folgen werden die Bürgermeister aus **Fürstenstein, Hutthurm** und **Neuhaus am Inn** interviewt.

Leser aus den jeweiligen Gemeinden und Märkten haben dazu die Möglichkeit, eigene Fragen an die Bürgermeister vorab in die Redaktion zu schicken: Senden Sie uns **Ihre Fragen** bis Mittwoch, 11. November, per E-Mail an **red.passauland@pnp.de**. Im Betreff bitte Ihre **Gemeinde** sowie **„Gemeinde im Dialog“** angeben und Ihren Namen und den Gemeindeteil, in dem Sie wohnen, bitte ebenfalls nennen.

In den kommenden Wochen folgen weitere Kommunen aus dem nördlichen und südlichen Landkreis, soweit die Bürgermeister einem Interview zugestimmt haben. – shp

Leuchten in den Fenstern und Augen

Was hinter der Aktion „Laternenfenster“ steckt – Alternative zu St.-Martins-Umzügen

Von Katja Elsberger

Passau. Am 11. November ist St. Martin. Eigentlich würden an diesem Feiertag Kinder mit selbst gebastelten Laternen durch die Straßen ziehen, gemeinsam Lieder singen und der Geschichte des Heiligen Martin lauschen, der Erzählungen nach seinen roten Mantel für einen Bettler geteilt haben soll. Coronabedingt fällt der Martins-Umzug in vielen Orten aus. Jennifer Brenzinger aus St. Leon Rot in Baden-Württemberg hat sich eine Alternative überlegt: Sie hat die Aktion „Laternen Fenster“ gestartet. Auch im Landkreis Passau verbreitet sich derzeit die Idee per WhatsApp-Nachricht: „Macht alle mit bei der Aktion Laternenfenster“, heißt es auf einem Spruchbild, das herumgeschickt wird.

Leuchtende Laternen ins Fenster zu hängen anstatt sie beim Martinsumzug, der heuer coronabedingt ausfallen muss, zu tragen, ist die Idee hinter der Aktion „Laternen Fenster“. – Foto: PNP

Was dahinter steckt, erklärt Jennifer Brenzinger auf ihrer Internetseite: Sie inspiriert die Menschen, Laternen an den Fenstern – am besten hin zur Straße – aufzuhängen. Abends werden sie dann durch Teelichter oder LED-Lichter erhellt. „Große und kleine abendliche Spaziergänger können dann die tollen Laternen bestaunen“, sagt Brenzinger. Die Aktion ist bereits deutschlandweit bekannt.

Damit, dass ihre Idee so gut ankommt, hätte sie nicht gerechnet. Fast 27 000 mal wurde ihr Facebook-Beitrag bereits geteilt. „In Seniorenheimen, Autismus-Zentren und Kindergärten werden jetzt Fenster-Laternen gebastelt. Das finde ich unglaublich schön“, sagt Initiatorin Jennifer Brenzinger auf PNP-Nachfrage. Sie ist selbst Mutter von zwei Töchtern. Ihre Kinder gehen normalerweise schon in den Tagen vor St. Martin gerne mit den Laternen spazieren. Auch dieses Jahr will sie den St.-Martins-Umzug nicht ausfallen lassen.

„Es läuft sich aber leichter mit einem Ziel vor Augen“, erzählt sie weiter. Auf die Idee mit den „Laternenfenster“ hat sie die jährliche Aktion „Adventsfenster“ ihres Heimatorts St. Leon-Rot gebracht. „Da wird ein Wohngebiet festgelegt, und 24 Haushalte dekorieren ihre Fenster mit Bildern“, so die Tradition. „Diese Idee gefiel mir so gut, dass ich dachte, man könnte das auch mit Laternen machen. Dann hätten die Kinder beim abendlichen Spazieren was zu bestaunen“, erzählt Brenzinger. Gesagt getan: Sie malt eine Vorlage für eine Laterne und veröffentlicht sie auf Facebook. „Corona nimmt uns in diesem Jahr so viel. Vielleicht können die Laternen den Kindern ein bisschen was zurückgeben.“

Auf der Internetseite lichtschneiderei.de/aktion-laternen-fenster steht eine kostenlose Laternen-Bastelanleitung mit Vorlage zum Herunterladen bereit.

Personalisierte Ausgabe für Abo.-Nr. 4589451

VOM ARBER ZUM RACHEL

Thomas Kagerbauer wird heute im Stadtrat vereidigt

Zwiesel. Die Novembersitzung des Stadtrates findet am heutigen Donnerstag um 18 Uhr im großen Veranstaltungsraum des Kulturzentrums-Waldmuseums statt. Thomas Kagerbauer (PWG) tritt die Nachfolge von Otto Witzmann im Stadtrat an. Nach der Vereidigung müssen die Ausschüsse entsprechend umbesetzt werden. Das Gremium beschäftigt sich mit der Beschaffung von CO2-Sensoren und mobilen Luftreinigungsgeräten für die Grund- und die Mittelschule. Weitere Tagesordnungspunkte sind: Schließung städtischer Einrichtungen, öffentliche Handy-Ladestationen im Stadtgebiet, kostenlose Stadtführungen für Zwieseler Neubürger sowie Anfragen aus dem Zuständigkeitsbereich des Stadtrates. – cl

Kolping-Nikolaus macht heuer coronabedingt Pause

Zwiesel. Seit mehr als 60 Jahren besuchen Nikolaus-Paare der Kolpingfamilie Zwiesel am Abend des 5. Dezember Kinder im Zwiesler Winkel zu Hause bei ihren Familien. Diese Tradition hat dazu geführt, dass man sich für heuer schon sehr früh Gedanken hinsichtlich einer anderen Form gemacht hat. Die aktuelle Entwicklung der Corona-Pandemie entzieht jedoch auch diesem „Ersatzkonzept“ die Grundlage. Der Kolping-Nikolaus muss deshalb dieses Jahr eine Pause einlegen. „Die rund 40 Personen starke Nikolaus-Truppe ist sehr traurig über diese Absage“, so Helmut Baumann vom Leitungsteam. Aus hygienischen Gründen kann dieses Jahr auch kein Verleih von Nikolaus-Kleidung an Vereine oder Privatpersonen stattfinden. – bbz

Lokales aktuell auf einen Klick:
www.pnp.de/zwiesel

ZITAT DES TAGES

„Das ist die Zukunft. Für die Berghütten der Region und das Nationalparkgebiet wäre die Bierlieferung mit dem Elektro-Laster ideal.“

Dr. Dieter Pfeffer von der 1. Dampfbierbrauerei Zwiesel. – Artikel rechts

Zwiesel: ☎ 09922/8475-0
Redaktion:
E-Mail: red.zwiesel@pnp.de
Anzeigen gewerblich:
E-Mail: anzeigen.bayerwald@pnp.de
Geschäftsstelle Regen:
E-Mail: gst.regen@pnp.de

E-Laster liefert Bier ins Schutzhaus

Premiere geglückt – Bierauto mit E-Antrieb meistert 24-prozentige Steigung

Von Claudia Winter

Premiere geglückt. Über die emissionsfreie Bierlieferung am Arber freuen sich Georg Pletl (Bayer. Wald-Verein), Alexander Maier (Maier-Korduletsch), Walter Pötzinger und Bernhard Wasner (Paul Nutzfahrzeuge) sowie Bergbahnchef Tjhomas Liebl und Bräu Mark Pfeffer.

Auf der Flachpassage des Schmugglerwegs konnte der Bierfahrer auch die Aussicht genießen. – Fotos: Winter

Großer Arber. „Geschafft! Die Premiere ist geglückt, wir haben die erste emissionsfreie Bierladung auf den König des Bayerwaldes gebracht“, freut sich Dr. Dieter Pfeffer von der 1. Dampfbierbrauerei in Zwiesel. „Das ist die Zukunft. Für die Berghütten der Region und das Nationalparkgebiet wäre die Bierlieferung mit dem Elektro-Laster ideal“, so Pfeffer.

Die Brauerei deckt bereits jetzt 40 bis 50 Prozent ihres Energiebedarfs mit Sonnenstrom ab. „Da passt die Elektromobilität gut ins Konzept“, erklärt Brauereichefin Elisabeth Pfeffer. Nachdem die anspruchsvolle Testfahrt mit einem E-Laster der Passauer Firma Paul am Dienstag geglückt ist, kann sich die Familie Pfeffer gut vorstellen, vor allem im Nationalparkgebiet ein E-Bierauto einzusetzen. Neben der Gastronomie im Nationalpark würden sich auch die sechs Gasthäuser im Arbergebiet, das Schutzhaus am Falkenstein, das Ausflugslokal Schwellhäusl und die Betriebe in Zwieslerwaldhaus anbieten.

Geschäftsführer Bernhard Wasner von der Firma Paul ließ es sich nicht nehmen, sich persönlich ans Steuer zu setzen und den mit 40 Fässern und 20 Kisten Bier beladenen Laster auf den 1456 Meter hohen Großen Arber zu fahren. Zirka 1,5 Tonnen Gewicht hatte er geladen. Die Fahrt auf der Schotterpiste von der Arber-Talstation über den Schmugglerweg hinauf zum Schutzhaus meisterte er mit Bravour.

„Das war anspruchsvoll und spannend, bisher waren wir ja nur im Flachland unterwegs. Aber es hat alles gut geklappt “, so sein Resümee. Konzentriert lenkte Wasner den Laster mal nach links mal nach rechts auf der steilen Piste, um Schlaglöchern und Wanderern auszuweichen. Die enge Serpentine bei der Abzweigung des Wanderwegs zur Märchenwiese war der Knackpunkt – aber kein Problem für Bernhard Wasner und sein Mobil. Auch die 24-prozentige Steigung bewältigte das Fahrzeug ohne Murren. Oben angekommen zeigte die Batterie immer noch 70 Prozent Restenergie an.

Das Unternehmen Paul forsche bereits seit Jahren nach alternativen Antrieben für Transport-Fahrzeuge, so Geschäftsführer Bernhard Wasner. Unter anderem rüstet das Passauer Unternehmen Fahrzeuge der Berliner Stadtreinigung auf E-Antrieb um. Und auch in der Nationalparkregion Bayerischer Wald sei das Interesse an emissionsfreien Personen- und Warentransportern groß, so Wasner. Dass die E-Fahrzeuge bestens für den Einsatz im Bayerwald geeignet sind, zeigte die Testfahrt auf den Großen Arber.

Mit Beifall empfangen wurde der E-Laster bei herrlichem Bergwetter von einer illustren Gesellschaft, darunter auch die Bürgermeister der Nationalparkgemeinden Michael Herzog aus Bayerisch Eisenstein, Gerd Lorenz aus Lindberg und Fritz Schreder aus Frauenau sowie Daniel Eder von der Ferienregion Bayerischer Wald, Grünen-Politiker Jens Schlüter und Wald-Vereins-Präsident Georg Pletl.

Das Thema Elektromobilität passe gut zum Arber, betonte Bergbahnchef Thomas Liebl. „Wir decken mittlerweile 60 Prozent unseres gesamten Energiebedarfs mit Strom aus Wasser und Sonne. Die Bierlieferung mit dem E-Laster ist ein weiterer Schritt in Richtung Nachhaltigkeit“, so Liebl.

Großen Wert auf nachhaltige Produktion legt auch die Dampfbierbrauerei. Brauereichef Mark Pfeffer dankte allen, die dazu beigetragen haben, dass diese Premiere mit dem E-Laster am Großen Arber stattfinden konnte. Alexander Maier informierte über das Next Mobility Accelerator Consortium, bestehend aus der MaierKorduletsch-Gruppe, der Paul GmbH und dem Shell Mineralöl-Lieferanten. „Unser Ziel ist es, den Schwerlastverkehr auf grünen Wasserstoff umzustellen.“

Nachdem der Lastwagen abgeladen und die Bierfässer als Teil des Wintervorrates im Schutzhaus eingelagert waren, stießen die Gäste mit einer Halbe „Arber Spezial“ aus der Dampfbierbrauerei, natürlich mit dem nötigen Corona-Abstand, auf die gelungene Aktion an. Kredenzt haben das „Arber Spezial“ Braumeister Andreas Kellner und die Brauer Franz Sperl und Florian Lang.

MdL Gibis schreibt an Innenminister

Zwiesel. Die Unterstützung für den in Zwiesel lebenden Afghanen Pir K., dem die Abschiebung droht, geht weiter. Wie berichtete, hatte der langjährige CSU-Stadtrat Karl Stangl diesbezüglich einen Brief an CSU-Chef und Ministerpräsident Markus Söder geschrieben. Das Schreiben hatte Stangl auch MdL Max Gibis zukommen lassen. Jetzt ist auch Gibis aktiv geworden und hat seinerseits einen Brief an Innenminister Joachim Hermann geschrieben. Der Landtagsabgeordnete bittet Hermann, Pirs Fall noch einmal „wohlwollend“ zu prüfen. Nach der aktuell geltenden Rechtslage müsse durchaus ein Ermessungsspielraum für gut integrierte Fälle wie Pir vorhanden sein. Schriftlich hat sich Gibis auch bei Karl Stangl für dessen Engagement in dem Fall bedankt. „Wie auch Du hoffe ich auf eine positive Beurteilung und bin absolut der Meinung, dass gut integrierte Asylbewerber einen Mehrwert für unsere Gesellschaft darstellen und deshalb bei uns bleiben sollten“, so der Landtagsabgeordnete. – chr

Kein neues Bauland im Bereich Uferweg

Wasserwirtschaftsamt plant Deichsanierung

Zwiesel. Vor einigen Jahren gab es in der Stadt Pläne, im Bereich der Verlängerung des Uferwegs beim Kleinen Regen einen Bebauungsplan aufzustellen, um dort Wohnbauland zu schaffen. Diese Pläne sind jetzt vom Tisch.

Der Bauausschuss hatte sich in seiner jüngsten Sitzung mit der Thematik beschäftigt. Die Aufstellung eines Bebauungsplans im Bereich Uferweg ist bisher daran gescheitert, dass der Deich entlang des Kleinen Regen im Bereich Lohmannmühlweg nicht den heute gültigen Richtlinien entspricht. Damit gilt das Gebiet als nicht hochwassersicher, auch wenn die Grundstücke derzeit nicht im Überschwemmungsgebiet liegen.

Für den Unterhalt des Hochwasserschutzdeichs am Kleinen Regen ist das Wasserwirtschaftsamt Deggendorf zuständig. Das Amt hat inzwischen den überwiegenden Teil der Flächen, der für eine Sanierung des Deichs notwendig ist, erworben. Die Deichsanierung soll 2021 erfolgen, entweder durch Abtrag und Neuaufbau, oder mittels Spundwänden. Zudem schlägt das Wasserwirtschaftsamt vor, die freie Fläche hinter dem Deich aufzufüllen und sie so für ein so genannten „hundertjähriges Hochwasser“ zu schützen.

Mit diesem Vorschlag des Wasserwirtschaftsamts wäre es möglich, in die Aufstellung eines Bebauungsplans einzusteigen, hieß es in der Sitzung des Bauausschusses. Erschließungsanlagen wie Straße und Kanalleitungen sind vorhanden. Allerdings befinden sich alle Flächen in Privateigentum. „Wir haben alle Eigentümer angeschrieben, aber es besteht keine Verkaufsabsicht“, teilte Bürgermeister Franz Xaver Steininger (parteilos) mit. „Es ist schade, die Grundstücke sind voll erschlossen, aber nicht nutzbar.“ 3. Bürgermeister Jens Schlüter (Grüne) entgegnete, dass er mit Blick auf die Hochwassergefahr sowieso gegen eine Bebauung gewesen wäre. – chr

Wasserpreis im Grenzort steigt

B. Eisenstein. Der Gemeinderat musste in den sauren Apfel beißen und einer Erhöhung der Wassergebühren von 1,43 auf 2,12 Euro zustimmen. Martina Maier von der Kommunalberatung Hurzlmeier erläuterte in der Sitzung am Montag die Kalkulationsergebnisse. Bei der Überprüfung der letzten drei Jahre hat sie eine Unterdeckung von insgesamt 137 000 Euro festgestellt. Weil die Wasserversorgung kostendeckend arbeiten muss, wird dieser Fehlbetrag auf die nächsten vier Jahre umgelegt. Als Gründe für die Unterdeckung führte die Referentin steigende Betriebskosten und eine geringere Verbrauchsmenge an. Dazu erklärte Bürgermeister Michael Herzog (CSU): „Wenn ein Hotel zumacht oder wie jetzt die Jugendherberge, wird weniger Wasser verkauft. Die Kosten verteilen sich dann auf weniger Kubikmeter verkauftes Wasser“. Auch die Zählergrundgebühr wird erhöht: Für Zähler bis vier Kubikmeter Dauerdurchfluss pro Stunde beträgt die Gebühr künftig 60 Euro, bis zehn Kubikmeter 150 Euro, bis 16 Kubikmeter 240 Euro und über 16 Kubikmeter 375 Euro. – cl

Personalisierte Ausgabe für Abo.-Nr. 4589451